

## **CDU-Resolution zu Flüchtlingen geht am Thema vorbei**

*Beverungen* – Am Ende reichte es für die Verabschiedung einer Resolution in Sachen Flüchtlingsfinanzierung. Die wohlmeinende CDU-Resolution ist jedoch gespickt mit fadenscheinigen Argumenten und Fehlinformationen. Im Grunde ist sie ein bloßer Angriff auf die NRW-Landesregierung und bietet keinerlei Lösungsansätze.

Im Kern teilen alle Parteien des Beverunger Stadtrates die gleiche Auffassung „bei der Unterbringung von Flüchtlingen müssen alle Städte und Gemeinden finanziell gleich behandelt werden“. Das bedeutet nichts anderes, als „das für die gleiche Leistung auch die gleichen Pauschalen zu gewähren sind und zwar nach tatsächlich untergebrachten Flüchtlingen“, betont Rebekka Dierkes, stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende.

Was die CDU daraus gemacht hat, entbehrt jedoch jeglicher Grundlage.

Seit über 20 Jahren werden die sogenannten FlüAG-Mittel (Flüchtlingsaufnahme-gesetz) auf Grundlage einer Jahrespauschale verteilt. Diese Verteilung erfolgt tatsächlich nicht pro Flüchtling sondern auf Grundlage eines komplizierten Zuweisungsschlüssels. Ein Blick in das entsprechende Gesetz wäre für die CDU ratsam gewesen. So kommt es, dass aufgrund der Relation Fläche und Einwohnerzahl, Beverungen stets negativ dasteht. Die SPD hätte sich gewünscht, dass genau dieser Kern des Problems in Angriff genommen wird. „Das Problem bleibt bestehen, wenn wir nicht gegen diese Art der Verteilung vorgehen“, betont Andreas Gauding, SPD-Fraktionsvorsitzender.

Auch beim verschrienem Übergangsjahr hat sich die CDU keinen Gefallen getan. Die Vertreter der kommunalen Spitzenverbände (Deutscher Städtetag, Deutscher Landkreistag und Deutscher Städte- und Gemeindebund) haben dem Übergangsjahr zugestimmt. Alle drei Verbände werden von CDU-Leuten geführt. „Vielleicht hätte man auch

seinen eigenen Vertretern eine entsprechende Resolution zukommen lassen sollen, denn die Landesregierung hat die Flüchtlingsfinanzierung nicht im Alleingang beschlossen“, stellt Rebekka Dierkes klar. „Die Vorgehensweise der CDU lässt vermuten, dass parteipolitische Interessen am Werk waren“, so Andreas Gauding.

Verwundert war die SPD auch über die Unkenntnis der CDU bezüglich einer Nachsteuerung. Da betont die CDU, dass auch eine entsprechende Nachberechnung zum Jahresende denkbar wäre und vergisst darüber hinaus, dass dies bereits beschlossene Sache ist. „Land und kommunale Spitzenverbände haben eine sogenannte Revisionsklausel vereinbart“, erläutert Ratsfrau Dierkes. „Für den Fall erheblich ansteigender Flüchtlingszahlen werden im Jahresverlauf weitere Gespräche geführt und die Beiträge angepasst“, so Dierkes weiter. Damit ist das von der CDU propagierte Haushaltsloch lediglich eine Prognose und keineswegs beschlossene Tatsache.

„Mit der Aufstockung der FlüAG-Pauschale auf 10.000 Euro steht NRW im vorderen Länderranking und greift damit den Kommunen bei der Versorgung der Flüchtlinge finanziell deutlich unter die Arme.“ sagt Andreas Gauding. Diese Detailfragen, über die die CDU im Hauptausschuss nicht mehr verhandeln wollte, hätten im Vorfeld geklärt werden können, indem man gemeinsam an einer Resolution arbeitet. Jetzt muss man sehen, was das Land NRW mit den Schuldzuweisungen der CDU macht. Konstruktive Lösungsansätze sehen anders aus.